



Notenbanken

Spitzenbeschau

Ist Axel A. Weber wirklich der richtige Mann an der Bundesbankspitze? Hätte er als profiliertes Wissenschaftler und ausgewiesener Kenner aller geldtheoretischen und geldpolitischen Strömungen mit ansehen dürfen, wie sich die heutige Finanzkrise abgezeichnet und herausgebildet hat? War nicht auch er in den Jahren vor dem Ausbruch der heutigen Finanzmarktkrise für jene Geldpolitik der EZB mitverantwortlich, die die von der amerikanischen Immobilienblase ausgehenden Gefahren nicht gesehen oder deren gewaltiges Ausmaß als zu harmlos eingeschätzt hat? Hätte er nicht mit der erforderlichen Nachdrücklichkeit vor dem weltweit ausgebrochenen Desaster warnen müssen? Trug seine Positionierung bei den kostspieligen Rettungsaktionen deutscher Banken nicht entscheidend dazu bei, dem deutschen Staat und den Steuerzahlern milliardenschwere Lasten aufzubürden? Kurzum, ist Axel Weber weiter in seinem wichtigen Amt zu halten?

Schon die bloße Aneinanderreihung solcher Fragen gibt hierzulande das beklemmende Gefühl, ein gravierendes Delikt gegen die über nahezu alle Zweifel erhabene Instanz Deutsche Bundesbank zu begehen. Deren Präsidenten mit hartem Pro und Contra so direkt und geballt in Frage zu stellen, würde in Deutschland quer durch alle Parteien und Interessengruppen Widerstand hervorrufen. Zwar sieht sich auch der amtierende Präsident der Deutschen Bundesbank gelegentlich kritischen Fragen und einer kontroversen Beurteilung seiner Einzelentscheidungen ausgesetzt. Doch in seiner Rolle als oberster Repräsentant eines der beiden zentralen Elemente der hiesigen Bankenaufsicht, als wichtiger Sparringspartner der Politik – etwa bei der Schnürung der Rettungspakete im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und als Zeuge im Untersuchungsausschuss zu HRE – sind das allesamt sanfte Angriffe. Das gilt zumindest dann, wenn man sie an den Attacken gegen seinen US-amerikanischen Kollegen misst.

Ben S. Bernanke jedenfalls hat im Vorfeld der Nominierung für eine zweite Amtszeit an der Spitze der Fed speziell seit Frühjahr dieses Jahres nicht nur mit Fragen dieser Art rund um seine Person und seine Rolle als US-Notenbankchef leben müssen. Sondern vor seiner erneuten Kandidatenkür durch Präsident Barack Obama wurden auch die Antworten und Bewertungen all dieser Dinge unter heftiger Parteinahme wichtiger Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der (wirtschafts-)wissenschaftlichen Zunft höchst breit und kontrovers diskutiert – angefangen von einer Anhörung vor einem Kongressausschuss bis hin zu zahllosen Medienberichten. Auf der Habenseite angerechnet wurden ihm dabei die fundierten Kenntnisse rund um die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die japanische Finanzkrise der neunziger Jahre und andere Störungen der Weltwirtschaft. Auch sein beherztes Eingreifen nach der Lehman-Pleite zur Stützung der Märkte mit unkonventionellen Mitteln wie dem Quantitative Easing gilt allgemein als Verdienst seiner Arbeit. Angekreidet wird ihm unterdes erstens sein Stillhalten und Stillschweigen in der Zeit der expan-

siven Geldpolitik unter Allan Greenspan. Denn aus Sicht vieler Ökonomen hat Letztere erst die Blasenbildung ermöglicht. Zweitens wird Bernanke eine Unterschätzung des Ausmaßes der Krise beim Auftreten erster Alarmsignale bis in die frühe Anfangsphase der Turbulenzen im Jahre 2007 hinein nachgesagt. Und drittens kann er sich in den Augen der Kritiker angesichts seiner Nähe zum Entscheidungsprozess nicht von einer gravierenden Fehleinschätzung der Auswirkungen der Lehman-Insolvenz auf das weltweite Finanzgefüge freisprechen.

Dass sich der amerikanische Präsident trotz aller Kontroversen bei der Nominierungsprozedur auf eine weitere Amtsperiode für Ben Bernanke festgelegt hat, lässt Rückschlüsse auf seine Vorstellungen vom derzeitigen Anforderungsprofil für Notenbankchefs zu. Da ist zum einen sein theoretischer Hintergrund, speziell durch die Erforschung krisenhafter Entwicklungen der Weltwirtschaft. Wie wichtig ein tiefes Verständnis für makroökonomische Zusammenhänge derzeit auch in Europa angesehen wird, zeigt sich in den Reaktionen der EU-Kommission auf die Finanzkrise. Nach deren kürzlich vorgelegtem Verordnungsentwurf soll künftig ein Systemrisikorat (ESRB) geschaffen und bei der EZB angesiedelt werden, um solche übergeordneten Ansätze in die Arbeit der institutsorientierten Bankenaufsicht einzubringen und dabei die Krisenprävention zu verbessern.

Ganz oben auf der Agenda steht zum Zweiten die richtige Exit-Strategie aus der momentanen Liquiditätsschwemme. Axel A. Weber wie auch Jean Claude Trichet haben den hohen Stellenwert dieses Aspektes in den vergangenen Monaten immer wieder betont und eine geldpolitische Wende mit Augenmaß propagiert, sprich mit beherrschbaren Auswirkungen auf Wachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation. Und Ben Bernanke weiß nur zu genau, dass seine spätere Gesamtbilanz ganz entscheidend an der Entwicklung dieser realwirtschaftlichen Größen gemessen wird. Überaus hilfreich kann ihm dabei zum Dritten eine hohe Unabhängigkeit der Notenbank und ihres Präsidenten sein. In Deutschland ist diese quasi historisch gewachsen, und in der EZB haben Wim Duisenberg und Jean Claude Trichet sie inzwischen über alle Zweifel erhaben schon oft genug demonstriert. Diese Komponente mit der Wiederbestellung des Republikaners Ben Bernanke auch in den USA zweifellos gestärkt zu haben, ist erst einmal ein kluger Schritt des amerikanischen Präsidenten. Ein endgültiges Resümee der Spitzenbetrachtung wichtiger Notenbanker lässt sich aber erst ziehen, wenn die Auswirkungen des Ausstiegs ihrer expansiven Geldpolitik auf die Realwirtschaft absehbar ist.

Sparkassen

Die Türme von Köln

Zwei Sparkassen prägen die Bankenlandschaft am Niederrhein mehr als alle anderen. Die Beiden in Köln. Nähme (Konjunktiv) man ihr Marktgewicht zusammen, würden die Stadtsparkasse Köln und die Kreissparkasse Köln ihre Region mit der ungeheuerlichen Mehrheit totalitärer Regierungen beherrschen, nimmt man sie zusammen, ist der Rheinische Sparkassenverband gegenüber dem Westfälischen seit Jahrzehnten nun schon von etwas zu bedroh-

lichem Gewicht. Und wo immer auch sonst in der Republik Sparkassen Wichtiges tun oder lassen – Köln hat Sitz und Stimme. (Übrigens auch bei der WestLB.)

Einer der beiden Kölner Sparkassen als solcher geht es gut bis sehr gut. Der anderen schlecht bis sehr schlecht. Beim glücklicheren Haus, der Kreissparkasse, liegt das am feinen Geschäftsgebiet über vier große Landkreise rundum und durchaus auch am abwägenden Handeln der Menschen, die sie führen. Beim unglücklicheren Haus, der Stadtparkasse Köln (samt Bonn!), liegt das an der Dichte der Verhältnisse und damit durchaus auch an den Bindungen der sie führenden/geführt habenden Männer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, so ist es gemeldet, gegen Gustav Adolf Schröder, den ehemaligen Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, den Bundesobmann aller Sparkassen, der beinahe Deutscher Sparkassenpräsident geworden wäre, den Vorstandsvorsitzenden eines sehr großen Hauses, dessen Innenbetrieb manchmal Modellcharakter vorweisen konnte.

Die Beziehungen zwischen Kreissparkasse Köln und Stadtparkasse Köln wechselten wie im richtigen Leben. Mal war man sich spinnefeind, mal kooperierte man vorsichtig, mal projizierte man Landes- oder Bundespolitik miteinander – immer aber belauerte der eine, was der andere als Nächstes tun würde oder könnte. Dass die Stadtparkasse dank großer Eingemeindungen des Umlands in die Stadt Köln der Kreissparkasse einst viele Filialen und damit fast ein Drittel der Bilanzsumme hatte – gerichtsnotorisch – abnehmen können, ist niemals vergessen worden. Dass mit Hans-Peter Krämer ein gewaltiges Kölner Urgewächs „überall“ Einfluss beanspruchte (und behielt), während der Neue von außen, Gustav Adolf Schröder, sich ausgerechnet mitten im Kölner Klüngel erst heftig einarbeiten musste, hat im Gesamtgeschehen sehr wohl auch immer wieder seine Wirkung gehabt. Mitentscheidend dabei war: Der eine konnte Gewalten teilen. Der andere musste sich ihnen (eher) beugen.

Das ist bekanntlich keineswegs nur in der Kölner Stadt so. Ob es anderen Stadtparkassen-Vorständen in vergleichbarer Lage gelungen wäre, sich einem Desaster wie der Kölner Messehallen-„Finanzierung“ wirklich zu entziehen, darf heftig bezweifelt werden. Nicht allein in Köln ist eine Sparkasse in Risiken geschickt worden, die sie „unabhängig“ nicht eingegangen wäre. Ein anderes namhaftes Haus hat für solche Vorfälle übrigens, so die Erzählung, die Rubrik „Vorstandskredite“ eingerichtet. Sie werden von einer besonderen Abteilung bearbeitet, die nicht dem Kreditvorstand untersteht. Das soll helfen.

Wie oft die Stadt- und Kreissparkasse schon „von den Medien“ und überhaupt vor-fusioniert worden sind, kann niemand mehr zählen. Dass es demnächst aus der puren Not der Stadt heraus wieder einmal „zu Gesprächen“ kommen wird, steht auch schon wieder zu lesen. Aber das ist etwa so, wie die endlose Geschichte vom Zusammengehen der letzten beiden Geno-Zentralen. Man glaubt's einfach nicht mehr. Was in Köln und drumherum durch eine Sparkassenfusion entstehen würde, wäre auf jeden Fall ein Gebilde von unheimlicher Größe – gemessen an den aggregierten Volumina per Ende 2008 eine Primär(!)bank mit knapp 55 Milliarden Bilanzsumme. Ist so etwas noch eine Sparkasse? Aber vielleicht kann man „Köln“ dann auch gleich noch ein paar überhörende WestLB-Reste zugestehen.

WGZ Bank

Kein erkennbares Nachspiel

Der Anlass war zwar vergleichbar, die Atmosphäre allerdings deutlich entspannter. Exakt fünf Monate nach der Bilanzpressekonferenz zum Berichtsjahr 2008 hat die Düsseldorfer WGZ Bank ihre Halbjahreszahlen 2009 vorgelegt. Damals, Anfang April, musste der WGZ-Vorstand um Werner Böhnke die Ergebnisse eines schwierigen Geschäftsjahres in einem gleichermaßen spannungsgeladenen wie unkalkulierbaren Umfeld präsentieren. Denn die lange vorab terminierte Bilanzpressekonferenz fiel just auf den Tag nach dem Scheitern der Fusionsgespräche mit der DZ Bank. Diesmal, Anfang September, durfte die WGZ-Spitze gleich in doppeltem Sinne eine Aufhellung registrieren. Erstens konnte beim Halbjahresüberschuss von 186,5 (nach 71,3) Millionen Euro wieder eine klare Steigerung vermeldet werden, während seinerzeit für das Gesamtjahr 2008 noch ein Verlust von 195 (nach plus 169,7) Millionen Euro zu Buche stand. Und zweitens haben sich innerhalb der Genossenschaftsorganisation die erkennbaren Nachwirkungen des erneut geplatzten Zusammenschlusses der beiden Zentralbanken einigermaßen in Grenzen gehalten.

„DZ Bank und WGZ Bank“, so war es Anfang April in der gemeinsamen Erklärung aus Frankfurt und Düsseldorf verkündet worden, „werden ihre gute bisherige Zusammenarbeit weiter ausbauen und dabei wichtige Projekte sowohl für die beiden Häuser als auch für den Verbund realisieren.“ An diesem Bekenntnis zu einem konstruktiven, sachlichen Miteinander durfte man seinerzeit Zweifel hegen. Angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der angepeilten Fusion und der fühlbaren Verstimmung auf allen Ebenen des Genossenschaftssektors über deren erneutes Scheitern war nicht ohne weiteres zu erwarten, bald wieder zur Normalität, sprich einer reibungslosen Zusammenarbeit zurückkehren zu können.

Nicht einmal ein halbes Jahr später sind die Emotionen verflogen. Der Genossenschaftssektor kommt weiter vergleichsweise wohlbehalten durch die Krise. Und es ist in den vergangenen Monaten erstaunlich ruhig geblieben. Auch im Vorfeld der anstehenden strategischen Grundsatzentscheidungen zur Weiterentwicklung der Sicherungseinrichtung und Kapitalmaßnahmen für beide Zentralbanken haben die Verantwortlichen keinen Konfrontationskurs eingeschlagen, sondern üben sich in konstruktiver Gemeinsamkeit, die für ein halbes Jahr sogar in einer personellen Überschneidung im Vorstand gipfelt. Als IT-Vorstand in beiden Häusern soll das WGZ-Gewächs Thomas Ullrich in Doppelfunktion ab dem 1. Oktober gemeinsame Projekte vorantreiben – eine Aufgabe, die er in offizieller Funktion erst jetzt in Angriff nimmt, der er faktisch aber schon seit Bekanntmachung der Personalie Ende April nachgeht. Im Kreditpooling für ihre Volksbanken, um nur ein Beispiel zu geben, marschieren die beiden Zentralbanken künftig zusammen. Da die Anpassung von WGZ Loop an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben als zu aufwendig empfunden wurde, so die Sprachregelung, haben im Juni dieses Jahres 28 genossenschaftliche Mitgliedsinstitute von DZ Bank und WGZ Bank gemeinsam die Plattform VR Circle genutzt. Man mag zwar fragen, wieso nicht gleich so statt vor wenigen Jahren zwei Plattformen zu entwickeln. Aber es ist gleichwohl erstaunlich, dass die Zusammenführung so rasch nach der geplatzten Zentralbankenfusion vollzogen wird.

Bereitschaft zur Einigung ist auch mit Blick auf die vom BVR initiierte Weiterentwicklung der Sicherungseinrichtung zu spüren. Quer durch die Organisation wird die angepeilte Berücksichtigung der Wertpapieranlagen und ihrer Risiken bei der Beitragsbemessung als vernünftiger Schritt gelobt. Und die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit des Berliner Spitzenverbandes zur praktischen Umsetzung dieser wichtigen Erfahrungen aus der Finanzkrise wird in Düsseldorf wie sonst in der Republik nahezu einhellig gewürdigt. Ein betont sachlicher Umgang wird bislang auch in den Fragen einer Kapitalerhöhung der Zentralbanken sowie in der angestrebten Aufstockung der WGZ-Beteiligung an der R+V gepflegt. Dass bei der angepeilten Ausrichtung der Beteiligungsquote der WGZ Bank an dem gruppeneigenen Versicherer gemäß dem Umsatzanteil ihrer Mitgliedsinstitute nicht nur das direkte Engagement betrachtet werden muss, sondern auch die durchgerechneten Anteile über die WGZ-Bank-Quote an der DZ Bank gehört an dieser Stelle sicher zu den diskussionswürdigen Punkten.

Weitgehende Übereinstimmung lassen WGZ Bank und DZ Bank nicht zuletzt beim Ausblick auf die Geschäftsentwicklung für das laufende Gesamtjahr walten. Bei aller Zuversicht hinsichtlich eines gewissen Wertaufholungspotenzials bei den Wertpapieren haben beide Respekt vor den Unwägbarkeiten der kommenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Der genossenschaftlichen Streitkultur der Vergangenheit nach war solche Normalität zwischen Düsseldorf und Frankfurt wie auch die Ruhe in der Organisation insgesamt Anfang April so nicht abzusehen. Auf mittlere und längere Sicht ändert der sachliche Umgang miteinander aber nichts an der Kernfrage der Sinnhaftigkeit von zwei Zentralbanken.

Lobbyarbeit

Von Einheit(lichkeit) und Zwang

Mit der Gleichbehandlung ist es so eine Sache. Sicher, solange es eine große Mehrheit gibt, lassen sich Partikularinteressen schnell schimpfen: Unnötige Komplexität sollen sie mit sich bringen, über Mehr-Kosten kann man sich herrlich erregen, sie sollen mitunter sogar die Gesamtentwicklung bremsen und überhaupt nur zu oft für Missmut und Zwist sorgen. Nein, so meint die Mehrheit, nicht jeder kann und darf seine Extrawurst haben! So auch in Europa: Normen braucht es und Standards, müssen die Verantwortlichen in den Gremien der EU meinen. Wie anders schließlich sollte die Völkergemeinschaft sonst irgendwann einmal „geint“ sein, besonders da sich das „Reden mit einer Stimme“ in Europa anhaltend schwierig gestaltet.

Weil nun aber Partikularinteressen trotzdem für einen recht signifikanten Teil der EU-Bevölkerung wichtig sein können und der demokratischen Grundgesinnung nach entsprechend vertreten werden wollen, boomt in Brüssel und andernorts der Wettstreit der Lobbyisten. Wieder einmal bestens zu beobachten war das jüngst beim Thema Hedgefonds und Co.: Diese vermeintlich bösen Finanzinstrumente müssen an die Leine gelegt werden, so die Denke der EU-Politik, immerhin zeichnen sie zum Großteil für die Finanzkrise verantwortlich. Damit es nicht noch einmal zu solchen Verwerfungen kommen kann, soll der Richtlinienentwurf für „Alternative

Investment Fonds Manager“ (AIFM) die Kontrolle von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften verbessern und vereinfachen. Der von der Branche nicht gerade mit Wohlwollen aufgenommene Richtlinienentwurf sieht die Einführung eines EU-Passes inklusive der Bewilligungspflicht für die Manager von sogenannten Alternative Investment Fonds vor, selbst dann, wenn sie ihre Produkte nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen vertreiben.

Weil sich die amtierende Ratspräsidentschaft vor dem turnusgemäßen jährlichen Wechsel gerne noch eine ordentliche Reaktion auf die Krise und die Verhinderung weiterer Turbulenzen auf die Fahnen schreiben möchte, drückt sie mächtig auf das Tempo. Entsprechend rigide ist das vorgelegte Papier formuliert – insbesondere zum Leidwesen der deutschen Fondsbranche. Zwar sind „normale“ Investmentfonds durch die Ucits-Richtlinie (Undertakings for Collective Investments in Transferable Securities) europaweit und in den Ländern bereits feinstens reguliert und es bedarf keiner weiteren Anpassungen. Doch (fast) alles andere muss sich nun der neuen Richtlinie unterwerfen.

Dass dabei auch die hierzulande so beliebten – und nach Ansicht der Branche ausreichend regulierten – Spezialfonds betroffen sind, mag vom europäischen Standpunkt als lediglich deutsche Eigentümlichkeit angesehen werden. Aber ist es wirklich sinnvoll, eine 660 Milliarden Euro schwere, gut beaufsichtigte und obendrein auch in der Krise stabile und stabilisierend wirkende Branche mit Vehikeln wie Hedgefonds in einen Topf zu werfen und sie damit möglicherweise fast still zu legen? Es wird einmal mehr an den Lobbyisten des Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) liegen, nach eigenem Wunsch natürlich möglichst unter tatkräftiger Mithilfe der Bundesregierung, die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten und eventuell Verbesserungen zu erwirken. In Sachen AIFM-Richtlinie zumindest zeigt man sich hoffnungsvoll. Ob sie damit Erfolg haben werden, liegt allein am Willen der EU, einmal mehr deutschen Interessen nachzugeben – auch wenn sie fachlich mehr als begründet sind.

Kreditgeschäft

Gute und schlechte Signale

Dass das Kreditgeschäft der deutschen Banken in diesem und auch im nächsten Jahr besonderen Belastungen oder Herausforderungen ausgesetzt sein wird, ist gewiss keine überraschende Erkenntnis. Die trüben wirtschaftlichen Daten aus verschiedensten Branchen und mehr oder weniger besorgte Äußerungen über die mögliche Entwicklungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft haben in den vergangenen Monaten längst den Blick für diesen Aspekt geschärft. So haben die Präsidenten der Bundesbank und auch der BaFin wiederholt an die Bankwirtschaft appelliert, die Risikokomponente bei der Kreditvergabe im Auge zu behalten. Die Ratingagenturen haben ihre besondere Aufmerksamkeit für diese Dinge bekundet. Und auch das Kreditgewerbe selbst gibt sich betont wachsam. Zwar zeigen sich insbesondere die Primärbanken aus dem Sparkassen- und Genossenschaftssektor höchst zuversichtlich, auf die bewährten Risikokontrollsysteme des Verbundes vertrauen zu können. Doch haben viele Banken für das laufende

wie auch für das kommende Jahr eine Anhebung der Risikovorsorge im Kalkül. Das hat sich etwa bei der Deutschen Bank in der Halbjahresbilanz in einer höheren Risikovorsorge für das Kreditgeschäft niedergeschlagen und es zeigt sich in den jüngsten Äußerungen des Postbankchefs.

Daneben gibt es freilich auch Erkenntnisse, die die schwierigen Bedingungen im Kreditgeschäft ein wenig abfedern könnten. Möglichen Zusatzbelastungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, so wird beispielsweise in vielen Szenarien aus den Verbänden betont, könnten Wertaufholungseffekte im Wertpapiergeschäft entgegenstehen. Und die Deutsche Bundesbank hält jüngsten Daten der Unternehmensbilanzstatistik zufolge kleine und mittelgroße Unternehmen in Deutschland besser für die Krise gewappnet als in früheren Zyklen. Wie die immerhin bis zum Jahresende 2007 reichenden Daten zeigen, haben diese sogenannten KMU in den Jahren zuvor die gute Wirtschaftsentwicklung mit messbarem Erfolg dazu genutzt, ihre finanzielle Widerstandskraft zu stärken. In den Jahren 2005 bis 2007 haben die kleinen und mittelgroßen Unternehmen (weniger als 50 Millionen Euro Umsatz) bei einem insgesamt günstigen konjunkturellen Umfeld das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern im Jahresdurchschnitt um zehn Prozent recht deutlich verbessert, auch wenn der Anstieg bei den Großunternehmen mit 22 Prozent noch stärker ausfiel.

Diese positive Tendenz wird nach Einschätzung der Bundesbank auch dann nicht ernsthaft getrübt, wenn man das Umsatzwachstum mit ins Bild nimmt. Die Brutto-Umsatzrendite der KMU erhöhte sich nämlich von fünf Prozent im Jahr 2004 auf sechs Prozent 2007, und das ist immerhin der mit Abstand höchste Wert seit Beginn der Reihe im Jahr 1997. Erreicht wurde die Steigerung der Ertragskraft vor allem durch Kostendisziplin, in erster Linie beim Personal. Dort hat der Aufwand in den drei betrachteten Jahren im Mittel um lediglich 1,5 Prozent zugenommen, während gleichzeitig eine moderate Expansion der Geschäftstätigkeit erzielt werden konnte (Anstieg der Gesamtleistung um 3,5 Prozent). Die Bilanzsumme der KMU ist den Erhebungen zufolge im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 um 4,25 Prozent gewachsen. Dahinter stand eine kräftige Aufstockung der Eigenmittel von zwölf Prozent pro Jahr und eine eher moderate Zunahme der Verbindlichkeiten (plus 3,25 Prozent) sowie der Rückstellungen (plus 3,5 Prozent). Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich damit merklich von 14,75 Prozent auf 18,5 Prozent erhöht. Im Einzelnen legte er bei den Nicht-Kapitalgesellschaften unter den KMU um vier Prozentpunkte auf 12,5 Prozent und bei den Kapitalgesellschaften um 2,5 Prozentpunkte auf 25,5 Prozent zu. Damit hat sich der Rückstand gegenüber den als Kapitalgesellschaften geführten Großunternehmen auf vier Prozentpunkte verringert. Als Reflex der verbesserten Eigenmittelausstattung der KMU ist deren Verschuldung bei Banken weiter um 3,5 Prozentpunkte auf 26 Prozent der Bilanzsumme zurückgegangen.

Insgesamt bescheinigt die Bundesbank den kleinen und mittleren Unternehmen, die gute Konjunktur des vergangenen Jahrzehnts erfolgreich zur Stärkung ihrer finanziellen Bestandsfestigkeit genutzt zu haben. Dieses Polster könnte sich jetzt angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, in deren Verlauf die Erträge stark unter Druck geraten sind, als hilfreich erweisen und vielen Unternehmen den Fortbestand sichern. Ob die Arbeitsmarktdaten in Deutschland allein von der Zurückhaltung vor der Bundestags-

wahl profitieren, wird man noch im Herbst 2009 besser ermessen können. Aber die Ausgangslage für eine Beherrschung der Risikolage des Kreditgeschäftes hat derzeit nicht nur Schattenseiten.

Persönliches

Klaus-Peter Müller 65

Es gibt Menschen, an denen kein Weg vorbei führt, egal wo, egal wann. Sie sind eloquent und charmant, ehrgeizig und zielstrebig, nachhaltig ohne penetrant zu sein, meistens da, wenn man sie braucht, machen Fehler, aber selten den gleichen Fehler zweimal, sind sich stets der Bedeutung ihrer Rolle bewusst und haben visionäre, manchmal gar hellseherische Fähigkeiten. „In der Hausbankbeziehung liegt ein großer Vorteil, der durch Basel II noch wertvoller wird: Die Überlegenheit der langfristigen Kundenbeziehung gegenüber dem Aufwand bei einer einmaligen Kapitalmarkttransaktion, etwa einer Anleihebegebung.“ Das hat Klaus-Peter Müller nicht etwa heute, im Jahre 2009 und damit in oder am Ende der heftigen Finanzkrise gesagt, sondern bereits auf der Kreditpolitischen Tagung 2002. Das zeigt die visionären Fähigkeiten des früheren Commerzbank-Chefs – oder auch einfach nur seine gesunde Einstellung zum Bankgeschäft. Und auch sonst kommt man an dem fröhlichen Rheinländer offensichtlich kaum vorbei, wie nicht zuletzt ein Blick in den Lebenslauf darlegt: Er war für die Commerzbank, bei der er 1966 im Alter von gerade mal 22 Jahren ins Berufsleben eintrat, in Düsseldorf, Duisburg, New York und Frankfurt präsent, bevor er am 1. November 1990 in den Vorstand berufen wurde, dessen Sprecherrolle er am 25. Mai 2001 von Martin Kohlhaussen übernahm. Er war von 2005 bis 2009 Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken. Klaus-Peter Müller ist Honorarprofessor der Frankfurt School of Finance & Management, Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Verkehrsforums, Vorsitzender der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex und er ist all zu rühiges CDU-Mitglied. Alles Müller – oder was! Leider ist dieser Slogan schon anderweitig vergeben, er würde zu schön passen.

Dass „seine“ Commerzbank, die er so trefflich aus dem ganzen Schlamassel herauszuhalten verstand, zur Übernahme der Dresdner Bank geradezu gezwungen wurde, um die Allianz endlich von diesem Bremsklotz zu erlösen, und damit mitten hinein in die Turbulenzen gezogen wurde, es wird ihn schmerzen, aber es wird ihn nicht nachhaltig grämen, weil Klaus-Peter Müller sich der durch Schwierigkeiten eines der großen Spieler hervorgerufenen Risiken für das deutsche Bankensysteme durchaus bewusst war und ist. Mehr treffen wird ihn die Tatsache, dass Sparkassen immer noch öffentlich-rechtlich und nicht von privater Seite zu kaufen sind. Denn dafür hat er stets aus Überzeugung, nicht nur kraft Amtes gekämpft.

Klaus-Peter Müller sagte 2002 noch etwas in seinem Vortrag: „Es kommt auf Ausgewogenheit an, die Beziehung muss sich für beide Seiten rechnen“. Das tut sie. Redaktion und Verlag bedanken sich bei einem klugen Ratgeber, stets bereitem Autor, feinsinnigem Redner und geschätztem Herausgeber und gratulieren „KPM“ herzlich zum Geburtstag.